

**Stephan Habscheid / Michael Klemm (Hg.)**

**Sprachhandeln und  
Medienstrukturen in der  
politischen Kommunikation**

# Inhaltsverzeichnis

## **Problemhintergrund, Fragestellungen, Analyseansätze**

<i>Stephan Habscheid &amp; Michael Klemm</i> .....	5
Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Strukturen – Akteure – Prozesse. Zur Einführung.	

<i>Hans-Jürgen Bucher</i> .....	15
Logik der Politik – Logik der Medien Zur interaktionalen Rhetorik der politischen Kommunikation in den TV-Duellen der Bundestagswahlkämpfe 2002 und 2005	

## **Doing Politics: Wie Politik sprachlich hergestellt wird**

<i>Heiko Hausendorf</i> .....	49
Politikersprache Zur Politisierung von Kommunikation am Beispiel der Auseinandersetzung um gentechnikrechtliche Genehmigungsverfahren	

<i>Fritz Hermanns</i> .....	67
Zwei historische Staatsakte Die Konstitution und die Abdankung der Weimarer Republik durch inszeniertes öffentliches kollektives kommunikatives Handeln	

<i>Ulrike Hanna Meinhof</i> .....	93
Globaler Diskurs im Internet? Eine Fallstudie zu Projekten der Website World Music von BBC Radio 3	

## **Werbung um Zustimmung: Rhetorische Verfahren politischer Profilierung**

<i>Johannes Schwitalla</i> .....	113
Wenn Fundamentalisten miteinander streiten Aporien der Flugschriftenkontroverse um die Vertreibung der Protestanten aus dem Hochstift Würzburg 1588-90	

<i>Clemens Knobloch</i> .....	133
Einige Beobachtungen über den Gebrauch des Stigmawortes „Populismus“	

<i>Josef Klein</i> .....	153
Hartz-Sprache Analyse und Kritik von Argumentation und Wortverwendung im <i>Reform</i> -Diskurs über <i>moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt</i>	

<i>Michael Klemm</i> .....	165
Der Politiker als Privatmensch und Staatsperson Wie Spitzenpolitiker auf persönlichen Websites in Text und Bild ihre Images konstruieren (wollen)	

## VI

### **Bedeutungsfabrikation und Mikropolitik: Massenmedien und Alltagsdiskurse**

<i>Ulrich Schmitz</i> .....	197
Nachrichten als Diskurspflege. Der 11. September hört nicht auf	
<i>Stephan Habscheid &amp; Ronald Hartz</i> .....	213
Konsens Erzählungen in Mitarbeiterzeitungen Am Beispiel des Globalisierungsdiskurses	
<i>Ulla Fix</i> .....	233
Leserbriefe. Öffentliche politische Debatte „im Kleinen“	
<i>Heike Baldauf-Quilliatre</i> .....	259
Politische Meinungsäußerung im Radio Oder: Das Problem mit den imaginären Rezipienten	
<i>Rainer Winter</i> .....	277
Gegenwart und Zukunft der „television studies“. Eine Standortbestimmung	

### **Medieninszenierungen: Medialisierung politischer Kommunikation im Wandel**

<i>Ulrich Püschel</i> .....	291
„Simon ist da!“ Nachrichten und ihre Aufmachung in Provinzzeitungen 1848	
<i>Wolfgang Settekorn</i> .....	313
Euro-Visionen in europäischen Medien Bilder als Verstehenshintergrund von Sprachbildern	
<i>Andreas Monz</i> .....	329
Politik total. Zur Entertainisierung des Wahlkampfes bei Stefan Raab	
<i>Christine Domke</i> .....	355
Werbung, Wahlkampf, Weblogs Zur Etablierung einer neuen Kommunikationsform	
Autorinnen und Autoren .....	375

*Hans-Jürgen Bucher*

## Logik der Politik – Logik der Medien

Zur interaktionalen Rhetorik der politischen Kommunikation in den TV-Duellen der Bundestagswahlkämpfe 2002 und 2005

### 1. Symbolische Politik und Medienrealität: Mediokratie oder *Politainment*?

Noch 1969 konnte der damalige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger eine Einladung zur Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten“ an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien folgendermaßen kommentieren: „Es steht einem Kanzler der Bundesrepublik nicht gut an, sich auf ein Stühlchen zu setzen und zu warten, bis ihm das Wort erteilt wird“ (zitiert nach Klein 1990: 12). In letzter Minute entschloss sich Kiesinger dann doch teilzunehmen – die Öffentlichkeit hatte kritisch auf seine Weigerung reagiert. Nach rund 40 Jahren Wahlkampf im Fernsehen ist es nahezu unvorstellbar, dass einem deutschen Politiker oder einer deutschen Politikerin eine Äußerung wie diejenige von Kiesinger über die Lippen kommt. Es sind allerhöchstens politisch-strategische Überlegungen, nach denen über mehr oder weniger Fernsehpräsenz entschieden wird. Im Normalfall ist es für Politiker (die Politikerinnen sind künftig immer eingeschlossen) zur Selbstverständlichkeit geworden, die Wähler auch als Fernsehpublikum wahrzunehmen.

Diese mediale Transformation der Politikvermittlung wird deutlich, wenn man der Äußerung Kiesingers eine andere Politikerstellungnahme aus dem Jahre 2003 gegenüberstellt: Bevor er wie gewohnt schneidig die Frage der Moderatorin Sabine Christiansen beantwortete, wollte der als CDU-Finanzexperte geladene Friedrich Merz unbedingt etwas los werden: „Mir liegt es zunächst am Herzen – Sie haben ja heute ihre 250. Sendung – Ihnen zu gratulieren. Sie haben ja großen Erfolg in Deutschland. Diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der Deutsche Bundestag“ (Merz in Sabine Christiansen, 30.06.03). Die Fernsehdebatte, so die Schlussfolgerung aus dieser Äußerung, ist inzwischen wichtiger geworden als die Parlamentsdebatte, sich „auf ein Stühlchen zu setzen und zu warten, bis einem das Wort erteilt wird“ attraktiver, als das Sitzen im Plenarsaal des deutschen Bundestages. Die themensetzende

Priorität der Politik ist aus der Sicht von Politikern wie Friedrich Merz bereits auf das Fernsehen übergegangen. Die „Talkshowisierung“ der Politik (vgl. dazu: Sarcinelli/Tenscher 1998) ist offensichtlich bereits fester Bestandteil der Selbstwahrnehmung deutscher Politiker geworden. Welche Rückwirkungen das auf das politische Handeln selbst hat, ist wohl nie deutlicher formuliert worden, als in einer Rede des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller, die dieser interessanterweise im Staatstheater von Saarbrücken am 25. März 2002 gehalten hat. Die Union hatte zwei Tage zuvor mit hoher emotionaler Entrüstung und lautem Geschrei auf die Abstimmung im Bundesrat über das Zuwanderungsgesetz reagiert, bei der aus ihrer Sicht der Bundesratspräsident verfassungswidrig gehandelt hatte. Wie Müller bei seinem Auftritt nachträglich einräumte, war die Empörung der CDU-CSU Ministerpräsidenten tatsächlich eine Form von Staatstheater – inszeniert für die Medien:

Die dort geäußerte Empörung hinsichtlich der Feststellung des Bundesratspräsidenten entstand nicht spontan. Die Empörung haben wir verabredet. Und ich sage, das war Theater, aber es war legitimes Theater. (...). Als wir hörten, allerdings in der Nacht vorher, dass die Absicht besteht, eine Entscheidung für gültig zu erklären [nämlich das Abstimmungsverhalten des Landes Brandenburg, dessen Ministerpräsident und Innenminister zwei unterschiedliche Voten abgegeben hatten, HJB] (...) gab es Empörung. Das war ehrliche Empörung. Diese Empörung muss mitgeteilt werden. Das war in einem kleinen Zimmerchen in einer großen Parteizentrale, da war kein Journalist dabei. Also müssen sie diese Empörung dokumentieren. Das haben wir dann gemacht. Und da kann man natürlich sagen, das ist Theater. Aber es ist ein Theater, das in einer Kommunikationsgesellschaft wie der unsrigen unverzichtbar ist, um auf Sachverhalte hinzuweisen und die notwendige Aufmerksamkeit für diese Sachverhalte zu gestalten. (Peter Müller am 25. März 2002 im Deutschlandradio, zitiert nach Saarbrücker Zeitung, 30.03.02)

Politiker *müssen* also offensichtlich Theater spielen, Politik muss inszeniert und damit zur „symbolischen Politik“ (Edelman 1976) werden, damit die politischen Botschaften über die Medien, insbesondere das Fernsehen, die Bürger und Wähler erreicht. Als Gatekeeper entscheiden die Journalisten, welche Ereignisse und Themen Eingang in die Politikberichterstattung finden, welche Politiker in Talkshows zu Wort kommen und welche Positionen dort vertreten sind. Ohne ein Zusammenspiel zwischen Medien und Politik, zwischen Journalisten und Politikern ist diese Vermittlungsleistung in einer Mediengesellschaft nicht mehr realisierbar. Aus einer kritischen Perspektive stellt sich allerdings die Frage, ob und inwiefern diese beiden unterschiedlichen Logiken, die „Logik der Politik“ und die „Logik der Medien“ überhaupt miteinander verträglich sind. Die Skeptiker befürchten eine „Kolonialisierung der Politik durch die Medien“ (Meyer 2001), eine „Spirale der politischen Sinnentleerung“ (ebd.: 203) oder einen „Theaterstaat neuen Typs“ (208), in dem „die

Macht des Mediensystems zur Prägung der politischen Kultur offenkundig bei weitem den Einfluss der politischen Kultur auf die Praxis des Mediensystems (übertrifft)“ (ebd.: 205).

Den Kritikern an dieser „Mediokratie“ (Meyer 2001) stehen diejenigen gegenüber, die in der Entertainsierung der Politik eine „rationale Strategie der Aufmerksamkeitsgewinnung“ sehen (Holtz-Bacha 2000: 165). In einer „Erlebnisgesellschaft“, die gekennzeichnet ist von starker Politikabstinenz, einer tendenziellen Entideologisierung politischer Entscheidungen und einer zunehmenden Unterhaltungsorientierung in der Mediennutzung, müssen politische Themen auch in so genannten „Unterhaltungsöffentlichkeiten“ als „Politainment“ (Dörner 1999: 22-25; 2001) präsent sein: Es „ist offensichtlich, dass die populäre Medienkultur mit ihren Unterhaltungsformaten ein Potential an politischer Kommunikation bietet, das vor allem hinsichtlich der Erreichbarkeit des Publikums und der emotionalen Intensität der Medienrezeption konkurrenzlos erscheint“ (Dörner 1999: 24).

Die hohen Einschaltquoten der TV-Duelle, die in Deutschland erstmals im Bundestagswahlkampf 2002 und dann auch 2005 als Fernseh-Format eingesetzt wurden, belegen diese Hypothese. Jeweils mehr als 15 Millionen Zuschauer verfolgten 2002 die beiden TV-Duelle zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Herausforderer Edmund Stoiber, was rund 45 Prozent der Zuschauer bedeutet. Beide Sendungen erreichten damit mehr Zuschauer als jede andere Sendung zur Wahl und zogen gleich mit der Reichweite des Endspiels zur Fußball-Weltmeisterschaft 2002 zwischen Deutschland und Brasilien – weit vor den Einschaltquoten der populärsten Samstagabendsendung „Wetten dass...“. Das einzige TV-Duell des vorgezogenen Bundestagswahlkampfes 2005 zwischen Gerhard Schröder und der Kanzlerkandidatin der Unionsparteien Angela Merkel erreichte sogar insgesamt 21 Millionen Zuschauer, was einem Marktanteil von rund 55 Prozent der Zuschauer über 14 Jahren ausmacht (Dehm 2005: 628). Die Steigerung der Reichweite gegenüber den TV-Duellen aus dem Jahre 2002 ist – neben der Tatsache, dass es nur ein Duell gab – auch darauf zurückzuführen, dass dieses Duell auf vier Kanälen – dem Ersten Deutschen Fernsehen, dem ZDF, RTL und SAT.1 – gleichzeitig ausgestrahlt wurde, mit allerdings unterschiedlichen Reichweiten zwischen 9,7 Millionen (ARD) und 1,43 Millionen bei SAT.1.

Man kann in den TV-Duellen, die in Deutschland erstmals im Bundestagswahlkampf 2002 als Fernseh-Format eingesetzt wurden, einen Paradedfall für den Konflikt zwischen der Logik der Politik und der Logik der Medien sehen. Die beiden Akteurstypen, Politiker und Journalisten, treffen unmittelbar aufeinander, und zwar in einem Format, das zuvor von beiden Seiten ausgehandelt wurde. Die TV-Duelle sind insofern ein Paradigma für die Integration einer Makrospektive, die den Zusammenhang von Politik und Medien als Relation zwischen zwei unabhängigen gesellschaftlichen Systemen be-

trachtet, und einer Mikroperspektive, die die TV-Duelle als ein Zusammenspiel journalistischen und politischen Handelns sieht. Die makrotheoretische Frage, ob es sich bei diesem Fernsehformat um eine Talkshowisierung der Politik oder um eine Revitalisierung politischer Öffentlichkeit handelt, ist auf der Mikroebene eine empirische Frage, die über eine Sendungsanalyse beantwortbar wird. Die folgende Analyse der TV-Duelle greift diese Fragestellung in einer synchronen und in einer diachronen Weise auf: Es werden einerseits die Kommunikationsstrukturen der bislang ausgestrahlten drei TV-Duelle aus Bundestagswahlkämpfen verglichen, die TV-Duelle aus den diversen Landtagswahlkämpfen bleiben unberücksichtigt. Andererseits werden die Strategien der verschiedenen Politiker und Journalisten innerhalb einzelner TV-Duelle einer vergleichenden Analyse unterzogen. Die methodologische Frage, was eine Analyse der Handlungsweisen und der Kommunikationsstrukturen für die Analyse der systemischen Strukturen des Zusammenhangs von Politik und Medien zu leisten vermag, wird am Schluss nochmals aufgegriffen.

## 2. Zwei konträre Handlungslogiken: die journalistische und die politische

TV-Duelle der Spitzenkandidaten sind Medienereignisse der ganz besonderen Art. Es handelt sich weder um eine Live-Übertragung von Ereignissen, die außerhalb eines Medienkontextes stattfinden, wie das beispielsweise der Fall wäre, wenn eine Institution die Debatte veranstaltet und das Fernsehen sie überträgt. Noch handelt es sich um eine Fernsehsendung mit bestimmtem Format, die regelmäßig stattfindet und in die Politiker eingeladen werden. Im ersten Fall bestimmt der Veranstalter die Form der Kommunikation, im zweiten Fall wird sie durch das einladende Medium – hier das entsprechende Fernsehprogramm – festgelegt. TV-Duelle sind dagegen bereits vom Format her gesehen kollaborative Veranstaltungen („Hervorbringungen“) zwischen Politikern, Journalisten und Fernsehanstalten, in denen die Kommunikationsbedingungen für beide Akteurstypen ausgehandelt und festgelegt werden. Die überlieferten Drohungen von Politikern, TV-Duelle platzen zu lassen, ihr Einfluss auf die kommunikativen Abläufe, auf die Kameraführung, auf Anzahl und Datum der veranstalteten TV-Duelle machen deutlich, dass ohne Einwilligung von Seiten der Politik diese Sendungen nicht stattfinden könnten. Andererseits sind aber auch die Journalisten und die Fernsehanstalten konstitutive Akteure dieses Ereignistyps, da nur durch ihre Mitwirkung die Darstellungskommunikation der Politiker möglich wird und somit ein Medienereig-

nis entstehen kann. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in der Ablehnung der Klage von Guido Westerwelle gegen den Ausschluss der Kandidaten kleinerer Parteien aus dem TV-Duell auf den publizistischen Charakter der Sendung verwiesen: es handele sich um „redaktionell gestaltete Sendungen“, zu denen die Sender einladen können, wen sie wollen. Die kritischen Einordnungen der TV-Duelle als „Medien-Events“ (Bucher 2004; Klein 2005), als „mediale Inszenierung“, die mit dem politischen System der Bundesrepublik inkompatibel ist (Donsbach 2002), nehmen auf diesen kollaborativen Charakter der Sendung Bezug.

Für eine differenzierte Analyse des Verhältnisses von Medien und Politik hat von Beyme (1994: 322-324) ein Interaktions-Kontinuum vorgeschlagen, das von der investigativen Recherche mit hohem journalistischem Einfluss bis zur Wahlkampfinszenierung reicht, bei der ausschließlich die politischen Parteien die Kommunikationsverläufe bestimmen. TV-Duelle liegen in diesem Kontinuum genau in der Mitte: Sie sind ein Produkt, für dessen Zustandekommen beide Systeme gleichermaßen konstitutiv sind. Insofern bestimmen beide Handlungslogiken, die journalistische und die politische, die Kommunikationsstruktur und den Sendungsverlauf der TV-Duelle.

Die beiden Handlungslogiken verhalten sich dabei sowohl kompetitiv als auch komplementär. So reagieren die Politiker zwar auf die Fragen der Journalisten oder auf die Behauptungen des politischen Debattenkontrahenten, ihre eigentlichen Adressaten sind aber die Zuschauer. Antworten an die Journalisten, Argumente und Einwände gegenüber dem politischen Diskussionspartner sollen nicht die vermeintlichen Adressaten zufrieden stellen, informieren oder gar überzeugen, sondern die Zuschauer. Politiker in den TV-Duellen interagieren deshalb gleichzeitig mit den im Studio Anwesenden und den Fernsehzuschauern, ihre Äußerungen sind mehrfach adressiert und polyfunktional. Sie folgen der Logik des politischen Handelns und antizipieren dabei die Logik des Journalismus. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass ihre Äußerungen nicht als Wahlwerbung, sondern als Antworten auf Journalistenfragen oder als Debattenbeiträge verstanden werden können.

Dieses doppelte Verhältnis der beiden Logiken, sowohl kompetitiv als auch komplementär zu sein, bestimmt zum großen Teil die Dynamik aller Politikergespräche im Fernsehen. Die Besonderheit der TV-Duelle besteht allerdings darin, dass der vorab zwischen Politikern und Journalisten vereinbarte Regelkomplex, für ein komplementäres Verhältnis der beiden Logiken sorgt und riskante, kompetitive Sendungsverläufe verhindern soll. Dass die Befriedung der beiden Logiken keineswegs unproblematisch ist, zeigt die öffentliche Kritik am neuen Format der TV-Duelle, die insbesondere für die erste Auflage Harmlosigkeit und Langeweile konstatiert. Die Schwierigkeit, eine journalistische Logik durchzusetzen, ist allerdings strukturell im Format verankert, wie die Einschätzung von Sabine Christiansen zeigt: Auf die Frage in



der Nachbereitung der Sendung, ob es schwer gewesen wäre, sich gegen die Politiker durchzusetzen, antwortet sie:

**Christiansen:** Es ist gar nicht so schwer sich gegen beide durchzusetzen sondern es ist einfach schwer, sich gegen Wahlkampfparolen durchzusetzen. Es ist ja so, dass die beiden natürlich ein Interesse daran haben, den Wähler direkt anzusprechen, ihrer Klientel klar zu machen, warum dies oder das so oder so sein muss. Und wir sind natürlich an ehrlicheren Antworten interessiert, die man – man weiß es – immer erst nach der Wahl bekommt ... also da bleiben zu viele Antworten im Vagen, als dass man als Journalist immer damit zufrieden wäre. (In: „Sabine Christiansen“ 08.09.02, ARD).

Aus der Perspektive der Journalistin ist hier das Dilemma formuliert, konfliktierende parteipolitische und mediale Prinzipien auszugleichen – also eine Balance zwischen der Logik der politischen Kommunikation und der Logik der Medienkommunikation zu finden.

Die folgende Tabelle, die die Handlungsdimension der beiden Logiken darstellt, orientiert sich für die beiden Akteurstypen jeweils am extremen Pol des Interaktionskontinuums, wie es von Beyme entwickelt hat: Die Logik des politischen Handelns orientiert sich in allen Dimension am maximalen Effekt der Wahlwerbung und Mobilisierung, die Logik des journalistischen Handelns an der Informations-, Thematisierungs- und Analysefunktion des Journalismus, wobei diese Funktionen nicht unabhängig von den Bedingungen des Medienmarktes zu sehen sind, denen Journalismus unterworfen ist.

	Logik der Politik	Logik des Journalismus
Funktion/ Intention	Werben, Mobilisieren, Überzeugen, Festlegungen vermeiden	Informieren, Kritisieren, Hinterfragen, Festlegungen provozieren, Quoten erzielen
Themenpräferenz	Profilierungsthemen	Öffentlich-relevante Themen
Kommunikationsprinzipien	Ausgewogenheit Neutralität, Kontrollierbarkeit, Nützlichkeit, Parteilichkeit Wirksamkeit Dementierbarkeit Vagheit	Informativität, Relevanz, Wahrhaftigkeit, Unterhaltsamkeit, Verständlichkeit, Neutralität, Anwaltschaftlichkeit, Aktualität
Handlungsmuster	Argumentieren, Ausweichen, das Wort erstreiten und behalten, Verharmlosen, Übertreiben, sich loben, sich verteidigen, den Kontrahenten angreifen	Fragen, Nachfragen, Bewerten, Moderieren, Steuern, das Wort erteilen und entziehen

Tab. 1: Handlungsdimensionen der Logik der Politik und der Logik des Journalismus

Die Unverträglichkeiten, die Dialogdilemmata (Bucher 1994: 486-488; Bucher 2004: 291-294) zwischen den beiden Logiken sind auf jeder Ebene erkennbar: Die Intentionen der Politiker, für sich und ihre Partei zu werben, sind unverträglich mit den journalistischen Absichten, politische Positionen kritisch zu hinterfragen, sie mit Kritik an ihren Positionen zu konfrontieren und von den Politikern genaue und verbindliche Antworten auch zu umstrittenen Problemstellungen zu erhalten. Die Kommunikationsprinzipien der Politiker, wie möglichst vage zu bleiben und sich nicht festzulegen, möglichst einseitig die Position der eigenen Partei zu vertreten, keine Widersprüche zu früheren Äußerungen oder zu Äußerungen aus der eigenen Partei erkennen zu lassen, konfliktieren deutlich mit den journalistischen Prinzipien der Genauigkeit, der Relevanz, der Informativität und auch der Unterhaltsamkeit. Die Profilierungsthemen der Politiker müssen nicht identisch sein mit den Themen, die von journalistischer Seite für relevant gehalten werden. Das Thema Arbeitslosigkeit, das Stoiber im ersten TV-Duell an jeder Stelle anzusprechen versuchte, ist ein Beispiel für einen solchen Themenkonflikt (siehe Abschnitt 3.3.2).

Der Konflikt zwischen den beiden Logiken, aber auch der interdependente Charakter der TV-Duelle als kollaboratives Arrangement zwischen Politik und Journalismus, drückt sich deutlich im Regelwerk für die TV-Duelle aus, auf das sich die Medienanstalten und die Parteimanager geeinigt hatten: Man kann dieses Regelwerk insofern als einen Versuch verstehen, die beiden Logiken durch Absprachen zu befrieden. Die publizistische Logik hat Eingang gefunden in die verschiedenen Zeitbegrenzungsregeln, die Nachfragerregel und die Gliederung der Debatte nach Themenbereichen. Dass die Fragen den beiden Diskutanten nicht bekannt gegeben wurden, ist ebenfalls auf ein journalistisches Prinzip zurückzuführen: die Sendung soll nicht abgesprochen wirken, sondern authentisch sein und Neuigkeiten bereithalten. Das Sicherheitsbedürfnis der Politiker wird hier dem Überraschungswert der Sendung untergeordnet. Die Logik der Politik kommt deutlich in der strikten Gleichbehandlung der beiden Politiker zum Ausdruck: nicht die journalistischen Werte der Informativität, Relevanz und Aktualität werden hier für die Selektion der Gesprächsaussagen verwendet, sondern die Ausgewogenheit und die Gleichbehandlung. Auch die Regel, dass die Politiker sich nicht gegenseitig befragen können, ist aus journalistischer Sicht kontraproduktiv, da genau hier ein Spannungsmoment für den Zuschauer liegen könnte. Hier wird, gerade umgekehrt als im Falle des Absprache-Verbots, das journalistische Prinzip der Attraktivität dem Sicherheitsbedürfnis und dem Prinzip der Ausgewogenheit untergeordnet. Der Gefahr, dass die Sendung kommunikativ eskaliert, wie es die dem *Confrontainment* zugeordneten Sendungen wie „Der heiße Stuhl“ oder auch bestimmte Nachmittagstalkshows geradezu provozieren, soll hier von vornherein begegnet werden. Dass das TV-Duell des Wahlkampfes 2005 in

allen Umfragen positiver beurteilt wurde als die Duelle aus dem Jahre 2002 liegt daran, dass dieses Dialogverbot zwischen den Politikern aufgeweicht wurde. Die teils heftige Kritik am Regelwerk für die Duelle des Jahres 2002 macht deutlich, dass hier die zentrale Ursache für den teilweise starren und langweiligen Sendungsverlauf gesehen wurde.

Die Aufweichung des Dialogverbots zwischen den Kontrahenten und die Einigung der Medien- und der Politikvertreter „dass das Duell möglichst lebendig und spontan verlaufen soll“ (Ard.de, 04.08.05) hat dazu geführt, dass das TV-Duell des Bundeswahlkampfes 2005 tatsächlich diesen von vielen Kritikern vermissten Diskurs- und Streitcharakter hatte. Wie diese Transformation einer auf Befragung ausgerichteten Sendung in eine kontroverse Debatte kommunikativ organisiert wird, soll im Folgenden in zwei Schritten gezeigt werden: Es werden zunächst die journalistischen Strategien beschrieben, mit denen Debatten unterbunden oder gefördert werden und mit denen Debatten wieder in ein geregeltes Befragungsformat zurückgeführt werden. In einem zweiten Schritt werden dann die Strategien der Politiker analysiert, mit denen sie im Sendeformat TV-Duell Debatten herbeiführen können.

### 3. Das TV-Duell als kommunikativer Transformationsprozess: Von der Befragung zur Debatte

#### 3.1 Zur Dialogdynamik in TV-Duellen

Verschiedene Analysen so genannter TV-Duelle aus Wahlkämpfen in Ländern wie den USA, Italien, Deutschland, Israel oder Australien kommen zu dem Schluss, dass es sich vielfach gar nicht um Debatten handelt, sondern um eine Art „doppelte Pressekonferenz“ oder „doppelte Interviews“. (Benoit/Hansen 2001: 131; Ward/Walsch 2000: 62f.; Blum-Kulka/Liebes 2000: 74f.). Beklagt werden die fehlende Dialogizität zwischen den teilnehmenden Politikern und die Fokussierung der Kommunikation auf Frage-Antwort-Sequenzen zwischen den Moderatoren und den Politikern. Entscheidend für die Art der Begrenzung der Kommunikationsverläufe sind die vorher festgelegten Kommunikationsregeln, wie ein Vergleich mit TV-Duellen in anderen Ländern zeigt. Im TV-Duell zwischen Netanyahu und Peres während des israelischen Wahlkampfes von 1996 um den Posten des Premierministers war immerhin jeweils eine Frage an den Kontrahenten erlaubt (Blum-Kulka/Liebes 2000: 74). Das Format, nach dem im Präsidentschaftswahlkampf 1992 in den USA der damalige Vizepräsident Dan Quayle und sein Herausforderer Senator Al Gore aufeinander trafen, sah explizit je Frage eine

fünfminütige Diskussion zwischen den Kandidaten vor, was den Sendungsverlauf entscheidend dynamisierte und zu einem regen Schlagabtausch führte (Bilmes 1999: 2001). Die Regelungen für deutsche TV-Duelle im Wahlkampf 2002 schlossen Fragen an den jeweiligen Kontrahenten explizit aus, während im TV-Duell von 2005 zwischen Bundeskanzler Schröder und seiner Herausforderin Angela Merkel Entgegnungen auf den Kontrahenten zugelassen waren.

Die Zuschauerbefragungen im Anschluss an die beiden TV-Duelle des Bundestagswahlkampfes von 2002 und die entsprechende Sendung von 2005 zeigen deutlich den Zusammenhang zwischen der Attraktivität der Sendungen und der Handhabung des Regelapparates. So wird das erste, von RTL und SAT.1 ausgestrahlte Duell im Vergleich mit dem von ARD und ZDF ausgestrahlten als weniger spannend beurteilt – 20 Prozent der Befragten halten es für langweilig, gegenüber 7 Prozent im Falle des zweiten von ARD und ZDF ausgestrahlten Duells. Bemängelt wird am ersten TV-Duell von den Zuschauern, „das Zeitlimit, die kurze Redezeit“ und die „strengen, steifen Regeln“. Dagegen wird das zweite TV-Duell insgesamt bedeutend besser bewertet, weil es „lebhafter lockerer, spontaner war (42 %) und „aggressiver, kämpferischer, mehr Streitgespräch (21 %)“ (vgl. Dehm 2002: 600-603). Das dritte TV-Duell in der Fernsehgeschichte der Bundesrepublik zwischen Gerhard Schröder und Angela Merkel wird von den Zuschauer in einer vergleichbaren Studie (Dehm 2005) noch positiver bewertet: 63 Prozent der Zuschauer beurteilen dieses TV-Duell als gut oder sehr gut – gegenüber 34% und 45% im Jahr 2002 – und führen dabei als zweitwichtigsten Grund nach Fairness und Sachlichkeit, den Debattencharakter der Sendung an: „Es war ein richtiger Dialog, dass sie direkt miteinander geredet haben, aufeinander eingegangen sind“ (ebd.: 627, vgl. auch: 629).

Die Wahrnehmung der Zuschauer lässt sich auch mit dialogstatistischen Befunden aus den TV-Duellen belegen (vgl. zu den Daten für 2002: Oberg 2004; für 2005: eigene Auswertung). Die vergleichbar erhobenen Daten verweisen auf eine kontinuierliche Steigerung der Dialogdynamik vom ersten zum dritten TV-Duell. So haben die gegenseitigen Unterbrechungen der Teilnehmer im zweiten TV-Duell bereits deutlich zugenommen: Während im ersten TV-Duell die Journalisten die beiden Politiker mit knapp 20 Prozent ihrer Äußerungen unterbrochen haben, waren es im 2. TV-Duell 39 Prozent. Die absolute Zahl der Unterbrechungen von Journalistenseite hat sich von 12 auf 29 erhöht, die beiden Politiker unterbrechen sich ebenfalls häufiger und nehmen sich auch häufiger selbst das Wort (vgl. Tabelle 2). Die Anzahl der Nachfragen und der kritischen Journalistenäußerung lagen im zweiten TV-Duell ebenfalls deutlich über denen des ersten TV-Duells. Auf der anderen Seite gestalteten die Politiker im zweiten TV-Duell ihre Beiträge bedeutend selbstständiger, was sich in der Zunahme der schwach kohärenten und der

nicht kohärenten Äußerungen niederschlägt. Insbesondere Stoiber produziert extrem viele schwachkohärente Äußerungen, was an seiner Strategie liegt, das Thema „Arbeitslosigkeit“ möglichst häufig unterzubringen (vgl. dazu Abschnitt 3.3.2). Generell verweisen diese Daten auf eine stärkere Abweichung vom strengen Regelapparat im zweiten TV-Duell, auf eine eigenständigere Gesprächsgestaltung der Teilnehmer und damit auf eine höhere Dialogdynamik. Diese kommt auch darin zum Ausdruck, dass die absolute Zahl der Redebeiträge für alle Akteurstypen zunimmt, und die Durchschnittszeiten ihrer Redebeiträge kürzer werden. Im TV-Duell von 2005 zwischen Bundeskanzler Schröder und der Herausforderin Angela Merkel hat sich diese Tendenz zur Steigerung der Dialogdynamik nochmals verstärkt: mehr und kürzere Beiträge sowohl bei den beiden Politikern als auch bei den Journalisten. Allein bei Schröder hat sich die Anzahl der Beiträge gegenüber dem ersten Duell aus dem Jahre 2002 mehr als verdoppelt, die Dauer seiner Äußerungen hat um rund 44 Prozent abgenommen (siehe Tabelle 3). Schröder erkämpft sich außerdem in zwei Drittel seiner Beiträge das Rederecht, bei Merkel ist es immerhin noch über die Hälfte der Beiträge – auch das ein deutlicher Indikator für einen stärkeren Debattencharakter des TV-Duells im Bundestagswahlkampf 2005.

	1. TV-Duell 2002	2. TV-Duell 2002
Journalisten unterbrechen Politiker	19,6 % (12)	38,7 % (29)
Politiker unterbrechen Politiker	7,6 % (5)	20,5 % (18)
Nachfragen von Journalisten	26,2 % (16)	44,0 % (33)
Kritische Journalistenäußerungen	42,7 % (32)	34,4 % (21)
Politikeräußerungen mit wenig oder keiner Kohärenz zur Frage	15,2 % (10) Schrö: 17%; Stoi: 13 %	20,4 % (18) Schrö: 13 %; Stoi: 30,6 %

Tab. 2: Dialogdynamik, Prozentanteil an der Summe der entsprechenden Äußerungen, in Klammern die absoluten Zahlen.

	1. TV-Duell 2002	2. TV-Duell 2002	TV-Duell 2005
Stoiber	31 / 64,1 sec	36 / 59,3 sec	
Schröder	35 / 52,0 sec	52 / 38,1 sec	80 / 29,1 sec
Merkel			67 / 33,5 sec
Journalisten	61 / 17,9 sec	75 / 15,5 sec	88 / 11,4 sec

Tab. 3: Anzahl der Beiträge und durchschnittliche Dauer

Geht man davon aus, dass es in der politischen Logik liegt, Mediengespräche möglichst weitgehend unter kontrollierten Bedingungen zu führen und kom-

munikative Risiken zu minimieren, so könnte man in der beschriebenen Tendenz eine Emanzipation der journalistischen Logik sehen. Die TV-Duelle im Bundestagswahlkampf 2002 waren vom Format her der doppelten Pressekonferenz bedeutend näher als dem einer Debatte, mit einem deutlichen Primat des Sequenzmusters „Journalisten fragen – Politiker antworten“. Direkte Repliken des Kontrahenten beschränkten sich auf Zwischenbemerkungen. Widersprüche, Angriffe, Fragen von Seiten des Kontrahenten kamen nicht vor. Die den Politikern abverlangte kommunikative Kompetenz beschränkte sich weitestgehend auf die ihnen vertraute Interview-Situation, in der Routinen abgespult werden können. Dagegen kam es im TV-Duell von 2005 zu neun Debattensequenzen, in denen die Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten sowohl für die Journalisten als auch für die Politiker eingeschränkt waren. Dieser beidseitige Kontrollverlust führt paradoxerweise zu einem publizistischen Mehrwert für die Zuschauer – wie die oben zitierte Befragungsbefunde belegen (Dehm 2002, 2005): die Informativität, die Spannung, der Unterhaltungswert und die Personalisierung nehmen zu. Aus dialoganalytischer Sicht wirft das die Fragen auf, warum der Kontrollverlust nicht in ein kommunikatives Chaos, sondern in eine neue Form von Kommunikation führt, mit einer höheren Dialogdynamik. Im Hinblick auf die Kommunikationspartner stellt sich die Frage, wie es ihnen trotz Abweichungen von den vereinbarten Regeln gelingt, gemeinsam einen geordneten Kommunikationsverlauf zu organisieren.

Diese Frage lässt sich präzisieren, wenn man den Dialogverlauf der TV-Duelle als einen kommunikativen Transformationsprozess begreift: die von den Journalisten dominierte Kommunikationsform „Befragung“ oder „Interview“ wird in eine von den Politikern bestimmte Kommunikationsform „Debatte“ überführt und diese wiederum zurück in eine Befragung. Aus dieser Perspektive ergeben sich folgende Fragen zur Dialogorganisation in TV-Duellen:

1. Wie entsteht aus den als Antworten konzipierten Äußerungen der Diskutanten ein Debatten auslösender Beitrag?
2. Wie organisieren die Journalisten den Übergang von einer Frage-Antwort-Sequenz in eine Behauptung-Widerrede-Sequenz?
3. Wie organisieren die Politiker ihre Äußerungen als Widerrede zum Beitrag eines Kontrahenten?
4. Wie stellen Politiker sicher, dass Sie ihre Widerrede in einer Befragungskommunikation platzieren können?
5. Wie führen Journalisten eine Debattensequenz in eine Befragungssequenz zurück?

Gemäß den im Wahlkampf von 2002 vereinbarten Regeln besteht das Standardmuster für TV-Duelle aus der Sequenz

Frage an Politiker A  
 Antwort Politiker A  
 Nachfrage  
 Frage an Politiker B etc.

Im ersten TV-Duell mit den beiden Journalisten Limbourg und Klöppel wurde dieses Befragungs-Muster nahezu idealtypisch umgesetzt. Im dritten TV-Duell von 2005 – mit Vorformen im zweiten TV-Duell von 2002 – hat sich auch ein anderes Sequenzmuster etabliert:

Frage an Politiker A  
 Antwort Politiker A  
 Entgegnung Politiker B  
 Entgegnung Politiker A  
 (weitere Entgegnungen)  
 Frage an Politiker B etc.

In eine Debatte kann eine Interviewsequenz nur dann überführt werden, wenn der Antwort auf eine Journalistenfrage vom politischen Kontrahenten eine weitere Deutung zugemessen wird – beispielsweise als Behauptung, als Kritik oder als Vorwurf – und der Kontrahent aus dem Frage-Antwort-Muster abbricht. Solche Abweichungen vom Beitragstyp („turn-type-departure“, Greatbatch 1988: 417) führen oft zu einer Abweichung in der Rednerordnung (turn-order-departure, ebd.: 418) und sind zugleich mit einem Rollenwechsel verbunden (ebd.; vgl. auch Clayman/Whalen 1988/89): Aus dem Befragten wird ein Diskutant und aus dem Interviewer ein Moderator. Für den Übergang in eine andere Kommunikationsform als das Interview, müssen dementsprechend zwei Voraussetzungen erfüllt sein: die als Antwort intendierte Äußerung eines Politikers ist kommunikativ polyfunktional und beispielsweise auch als Eröffnungsbeitrag einer Debatte deutbar. Dazu muss von den Kommunikationspartnern in der Sendung eine Meinungsverschiedenheit, ein Dissens herausgearbeitet werden. Und zweitens: die etablierte Rederechtsregelung, derzufolge die Journalisten das Rederecht zuweisen, muss partiell aufgehoben werden. Dementsprechend ist zu vermuten, dass mit der höheren Kommunikationsdynamik und der Lockerung der Dialogkontrolle auch andere Verfahren der Dialogsteuerung ins Spiel kommen und ausgeprägtere reflexive Thematisierungen der Rederechtsvergabe und des Debattenverlaufs auftreten.

Beide Voraussetzungen – der Dissens und die Lockerung der Rederechtsvergabe – erhöhen das Konfliktpotential der Sendung: die Meinungsverschiedenheiten können eskalieren, ein Streit um das Rederecht den geregelten Ablauf beeinträchtigen. Greatbach (1992) und Clayman/Heritage (2002) haben gezeigt, dass dem etablierten Mechanismus der Rede-

rechtsvergabe dabei eine doppelte Funktion zukommt: er ist Konfliktgegenstand und gleichzeitig Deeskalationsinstrument. Durch die Abweichung vom etablierten Mechanismus der Rederechtsverteilung innerhalb eines Frage-Antwort-Dialogs wird die Konfrontation zwischen den Politikern direkt und ist nicht mehr dadurch abgemildert, dass kritische Äußerungen über den Kontrahenten an die Journalisten adressiert sind. „As panelists move from addressing the interviewer to addressing one another, disagreement is plainly intensified and becomes more confrontational“ (Clayman/Heritage 2002: 314). Andererseits stellt der Mechanismus der Rederechtsvergabe im Interview-Format einen Rahmen bereit, in dem nicht die Diskutanten, sondern die Journalisten für eine Konfliktbeendigung zuständig sind: Anders als in Alltagsgesprächen, in denen Diskutanten selbst für eine Deeskalation verantwortlich sind, können sich die Politiker in TV-Duellen darauf verlassen, dass die Journalisten als Moderatoren diese Aufgabe übernehmen. In diesem Sinne erfüllt das System der Rederechtsvergabe in TV-Duellen eine Doppelfunktion: „The structure of turn taking and its associated expectancies provides simultaneously for the escalation and limitation of overt disagreement“ (Greatbatch 1992: 299).

Wie die Transformationen zwischen den Kommunikationsformen Interview und Debatte von den Teilnehmern organisiert werden, soll im Folgenden für die beiden Akteurstypen Journalisten und Politiker jeweils separat analysiert werden. Grundlage und Vergleichsobjekt für das Verständnis der Transformation ist die Umsetzung des Standardformats „doppeltes Interview“, wie es im ersten TV-Duell nahezu in Reinform zu beobachten ist. Denn eine Abweichung ist immer eine Abweichung von einer Standardform: „turn-type-departures (...) are properly conceived as ‚departures‘ only from within an interview framework. From the standpoint of ordinary conversation, many such practices are normal, natural and utterly routine“ (Clayman/Whalen 1988/89: 267).

### 3.2 Journalistische Dialogsteuerung im TV-Duell: Von der Routine zur Improvisation

In Dialogsendungen mit Politikern fungieren Journalisten als Moderatoren mit spezifischen Kontroll- und Regulierungsaufgaben auf verschiedenen Ebenen: auf der zeitlichen Ebene sorgen sie dafür, dass die Redezeit gerecht verteilt ist, sie regulieren die Sprecherabfolge durch Zuteilung des Rederechts, sie sorgen für die Einhaltung von kommunikativen Prinzipien wie Fairness, Ausgewogenheit, Relevanz, Informativität und Verständlichkeit, geben die Themen vor und achten auf thematische Kohärenz der Politikeräußerungen. Sie kontrollieren aber auch die funktionale Kohärenz der Politikeräußerun-



gen: Ist die gewählte sprachliche Handlung angemessen? Welche Art von Äußerung ist in einer bestimmten Dialogsituation gerechtfertigt oder gar gefordert? Je restriktiver Journalisten diese Steuerungsaufgaben wahrnehmen, desto schablonenhafter wird der Gesprächsverlauf sein und desto unwahrscheinlicher wird sich im Falle der TV-Duelle aus der Befragung eine Debatte entwickeln. Im ersten TV-Duell des Wahlkampfes 2002, das von den beiden Journalisten des Privatfernsehens Peter Klöppel (RTL) und Peter Limbourg (SAT.1) moderiert wurde, hielten sich die Journalisten eng an die ausgehandelten Regelvorgaben für die Dialogführung. Wie wenig diskursiv die ersten TV-Duelle aus dem Jahr 2002 waren, zeigt sich daran, dass Peter Klöppel, der RTL-Anchorman, Edmund Stoiber explizit auffordern muss, seinen Äußerungen zumindest über die Adressierung einen Diskussionscharakter zu verleihen:

**Klöppel:** „Aber Sie können ruhig den Bundeskanzler ansprechen, wenn Sie neben ihm stehen. Sie schauen mich an und sprechen mich mit Herrn Bundeskanzler an“.

Klöppels Hinweis an Stoiber macht deutlich, dass Fernsehdebatten nach eigenen spezifischen Regeln ablaufen, die sich grundlegend von nicht-medialen Debatten unterscheiden: man kann einen Einwand gegenüber einem Kontrahenten auch indirekt vorbringen und ihn an den fragenden Journalisten richten. Die Äußerung Klöppels verweist aber auch auf ein grundlegendes Problem beim Übergang vom Interview in eine Diskussion: Mit der Abweichung vom bisherigen Entgegnungsmuster „Antworten“ ändert sich auch die natürliche Adressierung. Von seiner Funktion her gesehen kann ein Debattenbeitrag nicht mehr an den Interviewer gerichtet sein, sondern nur an den politischen Kontrahenten, was aufgrund der räumlichen Konstellation der Sprecher im Fernsehstudio – sie stehen nebeneinander – gestisch und mimisch nicht leicht umzusetzen ist. Stoiber behält die bisherige Adressierung bei und signalisiert damit auch, dass er prinzipiell das Frage-Antwort-Muster des Interviews anerkennt. Gleichzeitig wird die ausgedrückte Meinungsverschiedenheit gegenüber den Kontrahenten durch ihre indirekte Äußerung abgemildert. Klöppels explizite Thematisierung einer offensichtlichen Fehladressierung ist jedoch nicht als Aufforderung zur Diskussion gemeint. Das belegen eine ganze Reihe von Gesprächsdisziplinierungen, die von Klöppel und Limbourg eingesetzt werden, um das mit den Politikern für die TV-Duelle vereinbarte Regelwerk durchzusetzen.

**Limbourg:** „Lassen Sie bitte. Entschuldigen Sie, Herr Schröder. Herr Schröder, würden Sie bitte ausreden lassen, er hat Sie auch ausreden lassen. Ist vielleicht besser.“

**Limbourg:** Herr Bundeskanzler, nur kurze Erklärung zur Regel: Es geht von Ihrem Zeitkonto ab, wenn sie ungefragt antworten.

**Limbourg:** Herr Ministerpräsident, Ich würde Sie bitten, jetzt zum Ende zu kommen.

**Stoiber:** Lassen Sie mich vielleicht noch den Satz sagen...

**Limbourg:** Nein, entschuldigen Sie, wir haben Regeln, und es ist im Sinne auch der Zuschauer, wenn wir die einhalten. Denn wir haben natürlich nicht so viel Zeit, dass wir alles abschließend diskutieren können.

Journalistische Interventionen dieser Art führen dazu, dass ein Widerspruch blockiert und damit eine aufkommende Diskussion entweder bereits im Keim erstickt oder aber zum selbst zu verantwortenden Risiko des Politikers gemacht wird. Gleichzeitig wird mit den zitierten Äußerungen der vorangegangene Politikerbeitrag als Antwort auf eine Journalistenfrage ratifiziert und eben nicht als Debattenbeitrag, der prinzipiell eine Entgegnung nach sich ziehen würde. In jedem Fall wird eine Debatte als der abweichende Kommunikationsverlauf markiert. Die verschiedenen Interventionen der Moderatoren erfolgen unter Berufung auf folgende vier Prinzipien:

1. Die vereinbarten Zeitregeln sind einzuhalten.
2. Das Rederecht wird von den Journalisten zugeteilt.
3. Ein Beitrag muss relativ zur Journalistenfrage thematisch kohärent sein.
4. Prototypische Äußerungen von Politikern sind in TV-Duellen Antworten auf Journalistenfragen.

Dass auch die Politiker diese Prinzipien akzeptieren, kommt darin zum Ausdruck, dass Disziplinierungen durch die Journalisten explizit anerkannt werden oder bei Abweichungen vorab die Einwilligung eingeholt wird. So fragt Stoiber vor einer direkte Entgegnung auf Schröder bei den Journalisten um Erlaubnis für eine illokutionäre Abweichung vom Antwort-Format: „Darf ich eine Replik machen?“. Neben den genannten Prinzipien 1 bis 4, die sicherstellen, dass das Interviewformat beibehalten wird, gibt es offensichtlich ein fünftes Prinzip, das man als „Verteidigungsprinzip“ auffassen kann und von Holly/Kühn/Püschel als „Provokationsprinzip“ beschrieben wurde (Holly/Kühn/Püschel 1986: 67 ff):

5. Wer angegriffen wird, hat das Recht, sich zu verteidigen.

Die folgende Äußerung von Klöppel im ersten TV-Duell nimmt auf dieses Prinzip Bezug:

**Klöppel:** Herr Bundeskanzler, da waren eine ganze Menge an möglicherweise Angriffen dabei oder zumindest Vorwürfen, die Sie möglicherweise erwidern möchten.

Klöppel reagiert mit dieser Äußerung auf eine Formatabweichung Stoibers, der die vorausgehende Antwort für eine Reihe von Angriffen auf Schröder

genutzt hat. Auffallend ist die zweifache Abschwächung der Aussage mittels des Modalworts „möglichlicherweise“, womit Klöppel auffängt, dass er hier eigentlich die Rolle des Journalisten verlässt und zum indirekten Sprecher Schröders wird. Er kommt damit einer direkten Entgegnung Schröders zuvor, behält dadurch die Kompetenz auf Vergabe des Rederechts und kann dementsprechend nach dem Beitrag Schröders auch wieder in das Frage-Antwort-Muster zurückleiten. Die vorausgegangene Debatten auslösende Passage von Stoiber ist indirekt formuliert und – wie die Bezugnahme auf den Bundeskanzler in der dritten Person zeigt – auch nicht an den Kontrahenten adressiert. Dennoch versteht Schröder sie als Angriff und kontert entsprechend mit einem Gegenangriff.

**Stoiber:** (...) Deswegen akzeptiere ich natürlich nicht diese Ausrede des Bundeskanzlers, immer wieder zu sagen, andere sind schuld. Das hat er schon gemacht als Ministerpräsident in Niedersachsen. Da hat er gesagt: Ich kann nichts dafür, die Bedingungen werden in Bonn, beziehungsweise in Berlin gemacht. Jetzt trägt er hier die Verantwortung in Berlin, und jetzt sagt er: Na ja, Amerika ist schuld, der Welthandel ist schuld, die Weltkonjunktur ist schuld, der 11. September ist schuld. Ich halte das für eine gravierende Ausrede.

(...)

**Schröder:** Wenn ich auf gleichem Niveau antworten würde, würde ich Herrn Stoiber an seine Regierungserklärung von 96 erinnern, wo er den Bayern versprochen hat, bis 2000 die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Er hat immerhin 15 Prozent geschafft. Und wir haben den Tatbestand, dass wir zurzeit im Großraum München die größte Zahl der Insolvenzen im Neuen Markt haben. (...)

Das Verteidigungsprinzip wird auch von Seiten der Politiker eingeklagt, wie der folgende Dialogausschnitt belegt. Die explizite Bezugnahme auf dieses Prinzip wird dadurch ausgelöst, dass Klöppel den Versuch Schröders, sich das Wort für eine direkte Entgegnung auf Stoiber zu nehmen, verhindern will.

**Klöppel:** Entschuldigung, wir müssen ein bisschen auf die Zeit achten.

**Schröder:** Nein, nein, Entschuldigung, jetzt muss ich einen Ton dazu sagen. So geht das ja nicht. Es können ja hier nicht Behauptungen in die Welt gestellt werden, denen dann nicht widersprochen werden kann. Es ist schlicht falsch, was er gesagt hat, (...)

Interventionen der beiden Moderatorinnen von ARD und ZDF gegen Abweichungen vom zuge teilten Rederecht, die auf den genannten Prinzipien beruhen, kommen auch im zweiten TV-Duell vor. Eine Erklärung für die stärkere Dialogizität und höhere Attraktivität dieses Duells liegt aber darin, dass die beiden Journalistinnen im Falle von Widerspruchsaussäuerungen der Kontrahenten auch nach anderen Mustern verfahren und direkte Entgegnungen zulassen, ja sogar dazu einladen oder auffordern.

**Stoiber:** und deswegen haben sie ihre Chance gehabt und werden deswegen genauso wie Helmut Kohl der auch mit 4 Millionen abgelöst worden ist - Sie haben das damals ihm ja auch prognostiziert - Sie werden genau das Schicksal erleiden was Helmut Kohl auch erlitten hat.

**Illner:** Zu dem Thema...

**Schröder:** Sie glauben (vermutlich: ich glaube) dass Sie nicht richtig liegen

**Illner:** Arbeitslosigkeit vielleicht können wir das noch sagen zu dem Thema Arbeitslosigkeit kommen wir auf jeden Fall noch was uns jetzt in diesem ersten Komplex interessiert sind Koalitionsfragen Sabine?

**Schröder:** Ich würde aber trotzdem gern einen Satz...

**Christiansen:** Ich würde auch gerne das gleich weitergeben an Sie

**Schröder:** Ich glaub dass es nur fair wär` denn das was gesagt wird über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit widerspricht einfach den Tatsachen.

Den Angriff von Stoiber lässt Christiansen Schröder parieren, obwohl Illner ihr bereits das Wort für ein anderes Thema – die Koalitionsfragen – übergeben hat. Illner selbst versucht die Intervention Schröders zunächst zu unterbinden, indem sie auf die thematische Inkohärenz oder Deplaziertheit seines Widerspruchs verweist. Auch im folgenden Beispiel sorgt Christiansen mit einer Rederechtszuweisung dafür, dass der Attackierte sich direkt wehren kann:

**Stoiber:** ich hätte große Sorge weil der Ministerpräsident a.D. und Bundeskanzler eh eh Schröder hat ja nun 8 Jahre Bildungspolitik verantwortet unter *s e i n e r* Verantwortung sind Lehrer ausgestellt worden sind Schulen geschlossen worden und ist die Bildungssituation in seinem Land schlechter geworden also ich bin froh dass er nicht die Verantwortung für ganz Deutschland hat

**Christiansen:** Da wollen wir ihn mal kurz dazu hören

**Schröder:** Also, ich glaub` schon dass wir die Kleinstaaterei überwinden müssen wir müssen nicht den Föderalismus eh völlig auflösen aber drei Dinge sind notwendig (...)

In beiden Beispielen wird deutlich, dass die Beantwortung einer Journalistenfrage vom jeweiligen Kontrahenten, aber auch von den Journalisten als Behauptung verstanden wird, der widersprochen werden kann. Während die beiden Journalisten von RTL und SAT.1 das erste TV-Duell gemäß den vereinbarten Regeln als doppeltes Interview moderieren und Diskussionsphasen nur als – meistens sogar explizit markierte – Ausnahme zulassen, können sich im zweiten TV-Duell auch eigenständige Debattenphasen entwickeln. Entscheidend dafür ist nicht nur die großzügigere Handhabung der Rederechtsverteilung, sondern auch die Nutzung verschiedener Ressourcen durch die beiden Moderatorinnen, Meinungsverschiedenheiten nicht nur austragen zu lassen sondern auch herauszuarbeiten. Die folgende Passage macht deutlich, wie Christiansen einen Dissens zwischen Stoiber und Schröder in der Frage einer deutschen Beteiligung am Irakkrieg zuspitzt:

**Schröder:** Die entscheidende Frage ist doch sind Sie be- wird es unter Ihrer Führung, ich bin da der Auffassung das wird eh nicht eintreten, aber wird es unter Ihrer Führung eine Beteiligung Deutschlands an einer militärischen Intervention im Irak geben? Ja oder N e i n, das wollen die Menschen in Deutschland von Ihnen wissen und nicht wollen Sie wissen mit wem Sie sich danach ...

**Stoiber:** Nein nein

**Schröder:** Beraten. Ich sage unter meiner Führung wird es die n i c h t geben und darauf können Sie Gift nehmen.

**Christiansen:** (unverständlich) da wäre noch einmal ganz (knapp?) klar festzuhalten, dass wir das Thema vielleicht langsam in das Inland verlagern. (unverständlich)

**Christiansen:** Herr Bundeskanzler, Herr Ministerpräsident

**Stoiber:** Das ist mir zu kurz gesprungen. Ich möchte nicht nur

**Christiansen;** *Wenn Sie noch einmal sagen: also mit UN-Mandat JA Herr Stoiber*

**Stoiber:** Nein ich möchte e Frau Christiansen

**Christiansen:** *und Sie sagen auf gar keinen Fall Herr Bundeskanzler*

**Schröder:** Ich sage wir sind (unverständlich) gegen eine militär - ich bin gefragt worden - gegen eine militärische Intervention und das gilt in beiden Fällen und das ist h i n r e i c h e n d klar denk`ich.

**Stoiber:** Sie müssen Sie müssen auseinanderhalten ..

**Christiansen:** Herr Ministerpräsident dazu noch `ne kurze Klarstellung oder so

**Stoiber:** Wenn es darum geht wenn es darum geht eine Druckkulissee gegenüber Saddam Hussein aufzubauen kann man keine theoretischen Optionen ausschließen weil man dann die Druckku die Druckkulissee schwächt

**Christiansen:** Dann lassen Sie uns ...

**Stoiber:** Zweitens ich möchte überhaupt, ich möchte nicht nur keine deutschen Truppen sondern ich möchte überhaupt den Krieg, ich möchte kriegerische Maßnahmen im Irak vermeiden und deswegen muss alles getan werden. Und ich habe Ihnen schon einmal gesagt, es lohnt es nützt nichts wenn Sie hier nur eine nationale Position einnehmen o h n e die notwendigen Abstimmungen mit George Bush vorzunehmen.

Christiansen gelingt es zwar, von Schröder eine Bestätigung der von ihr formulierten Schlussfolgerung zu erhalten („und Sie sagen auf gar keinen Fall“), nicht aber von Stoiber („also mit UN-Mandat ‚JA‘ Herr Stoiber“), der jede Festlegung vermeiden will.

Während sich Klöppel und Limbourg hauptsächlich auf die Prinzipien 1 bis 4 stützen, lassen die beiden Moderatorinnen im zweiten Duell auch das Verteidigungsprinzip zur Geltung kommen. Für die Moderatorinnen ergeben sich daraus zwei Grundprobleme der Dialogsteuerung: Sie müssen den Übergang von der Befragung zur Debatte organisieren, was – wie das obige Beispiel zeigt – nicht immer im Gleichlauf funktioniert. Zu entscheiden ist dabei, welcher Widerspruch zugelassen wird, und welcher nicht, ob sie freiwillig auf die ihnen zustehende Rederechtsvergabe verzichten oder – wie im vorigen Beispiel Sabine Christiansen – das Entgegnungsrecht zuweisen. Und sie müssen zweitens auch den Übergang von der Debatte zurück zur Befragung organi-

sieren, was vor allem unter dem Gesichtspunkt der Rederechtsverteilung problematisch ist: Mit der Zulassung des ersten Widerspruchs wird als Regel zur Verteilung des Rederechts das Verteidigungsprinzip anerkannt. Dieses Prinzip kann aber auch derjenige einklagen, der den Widerspruch ausgelöst hat. Prinzipiell ist dadurch eine infinite Abfolge von Behauptung und Widerspruch denkbar und auch legitimierbar. Es ist dann die Aufgabe der Moderatoren, dieses Sequenzmuster zu unterbrechen. Dabei stehen ihnen im Prinzip dieselben Kontrollverfahren zur Verfügung, mit denen sie in einem strengen Interviewformat die Turn-Typ-Abweichung verhindern: Unterbrechen, Entzug des Rederechts, Verweis auf die vereinbarten Regeln oder Hinweise darauf, dass das Thema bereits abgehandelt ist, bzw. noch behandelt werden wird. Um mögliche Konfrontationen an diesen im Prinzip konflikträchtigen Dialogstellen zu entschärfen, werden typischerweise sprachliche Abschwächungsformulierungen eingesetzt: Modalpartikel („gehe mal dazwischen“); illokutionäre Ankündigungen im Konjunktiv („möchte mitteilen...“ „Frau Merkel würden Sie...“), Unterbrechungsformeln („ganz kleine Sekunde“; „ne wirklich, bitte“; „ganz kurz noch einmal“)

Die Dialoghandlungen der Moderatoren sind einerseits bestimmt durch ihre Verpflichtung zur Neutralität gegenüber ihren Gesprächspartnern. Nur aus einer neutralen und unparteilichen Position heraus können sie idealiter die Anwaltschaft für alle Zuschauer übernehmen und die Glaubwürdigkeit der Sendung sicherstellen. Andererseits wird es ihnen nur durch eine kritische und auch kompetitive Dialogführung den Politikern gegenüber möglich sein, die journalistische Qualität einer Informationssendung sicherzustellen (vgl. Clayman/Heritage 2002: 29-31, 126-131).

Damit die Sendung insgesamt die journalistischen Prinzipien der Relevanz, der Informativität, der Wahrheit, der Verständlichkeit und der Aktualität einlöst, müssen die Moderatoren dafür sorgen, dass sie nicht zu Stichwortgebern für die politische Selbstdarstellung werden, sondern dass die journalistischen Prinzipien der Wahrheit, der Informativität, der Relevanz, der Verständlichkeit und der Aktualität in der Sendung berücksichtigt sind. Als Fragestrategie sind dafür die so genannten „geladenen Fragen“ ein probates Mittel, um diese Balance zwischen Neutralität und Provokation zu gewährleisten (vgl. dazu Bucher 1993). Die mit der geladenen Frage gemachten Voraussetzungen begrenzen den Entgegnungsspielraum der Politiker, führen für sie unangenehme und imagegefährdende Behauptungen ein, ohne dass dabei das neutrale Frageformat verlassen wird. Die folgende Frage an Stoiber ist insofern ein typisches Beispiel für eine geladene Frage, als Illner die kritischen Fragevoraussetzungen nicht selbst behauptet, sondern zitierend einführt:

**Illner:** Von Januar bis weit in den August hinein gab es klare Vorteile und klare Punktverteilungen für Schwarz-Gelb ähm bis auf Allensbach sehen jetzt eigentlich alle relevanten Institute ein Kopf an Kopf –Rennen und die von ja beiden sehr un-

geliebte Patt-Situation. Nun schreibt Financial-Times „Vor-zurück im Wiegeschritt und seitwärts-Tip“ so ginge der Stoiber-Tango. Ist das vielleicht der Grund Herr Ministerpräsident, warum die Zuneigung zu einer Schwarz-Gelben Konstellation ein wenig zurückgegangen ist, weil die Wähler gar nicht mehr so präzise erkennen können, wen sie wählen würden? (TV-Duell 2002)

Stoiber kann auf die Entscheidungsfrage weder mit Ja noch mit Nein antworten, ohne damit die Fragevoraussetzung zu akzeptieren, dass die Wähler mit ihm ein Orientierungsproblem haben. Weicht Stoiber aus, was er im Falle dieser Frage auch tut („Also ich hab` eh die Wahrnehmung auch eh in meinen Veranstaltungen in den Gesprächen mit eh den Menschen die ich führe dass eh das zentrale Thema was die Menschen am intensivsten berührt eh die Arbeitslosigkeit ist.“) so eröffnet das der Moderatorin die Möglichkeit der Nachfrage (was Illner ebenfalls wahrnimmt). Angesichts dieser kommunikativ starken Handlungsmöglichkeit der Dialogsteuerung innerhalb der Interviewformates, stellt sich die Frage, welches Interesse aus journalistischer Sicht daran bestehen kann, in den TV-Duellen das Heft aus der Hand zu geben und freie Debattenpassagen zuzulassen, die zur politischen Selbstdarstellung genutzt werden können. Die Erklärung liegt darin, dass mit den Sendungen nicht nur journalistische Ziele verfolgt werden, sondern dass auch Interessen der Fernsehanstalten und der Parteipolitik zu berücksichtigen sind. Insofern lassen sich neben der Informationsfunktion noch zwei weitere Funktionen der TV-Duelle unterscheiden:

Erstens dienen TV-Duelle auch der Selbstdarstellung der Politiker. Das kommt auch in den Erwartungen der Parteistrategen zum Ausdruck, dass die TV-Duelle zeigen, inwiefern ein Politiker Medienkompetenz besitzt. Von Seiten der Journalisten wird dieses Interesse der Politik freimütig eingeräumt, wie die folgende Antwort von Sabine Christiansen auf eine Frage nach der Strenge der Regeleinhaltung in einem Interview mit ihrer ARD-Kollegin Anne Will direkt vor dem TV-Duell 2002 belegt:

**Christiansen:** Aber ich denke, wir müssen da einfach ein bisschen Großzügigkeit haben. Es geht letztendlich darum, dass beide ihre Punkte machen können, dass beide den Wählern erklären können was sie wollen, dass die Streitpunkte deutlich werden, die Richtungen deutlich werden. Es geht ja nicht darum, dass wir da letztendlich auch kräftig zu Wort kommen, sondern dass die beiden Kandidaten zu Wort kommen.

Zweitens haben die TV-Duelle auch eine Unterhaltungsfunktion, denn nur als unterhaltsame Sendungen (*Infotainment*) garantieren sie die hohen Einschaltquoten. Thomas Roth, der ARD-Moderator, der beim zweiten und dritten TV-Duell durch den Übertragungsabend bei der ARD führte, wünschte den Fernsehzuschauern für das Kandidaten-Duell „Viel Spaß und gute Unterhaltung“, Ulrich Wickert der Moderator der Tagesthemen empfahl, „den Abend wie bei einem Länderspiel zu verfolgen“. Wenn in renommierten Medien Theaterkri-

tiker und Pantomime-Dozenten mit der Analyse der TV-Duelle betraut werden, so markiert das deutlich eine Verschiebung in der Wahrnehmung: weg von der Informationssendung und hin zur Theateraufführung oder Polit-Performance. Der satirisch-bissige Vorschlag des Kabarettisten Bruno Jonas – in schönster Selbstironisierung vorgetragen in der ARD zum Abschluss des Themenabends zum TV-Duell –, den Ton abzuschalten und nur auf den „emotionalen Datensatz zu achten“, treibt diese Betrachtungsweise auf die Spitze.

### 3.3 Die interaktionale Rhetorik der Politik: Zwischen Kooperation und Konfrontation

Die Reaktionen auf die TV-Duelle – sowohl im Jahre 2002 als auch 2005 – in den anschließenden Fernsehsendungen, in Online-Chats und den Pressekommentaren zeigen, dass die kommunikativen Leistungen der Kontrahenten sehr unterschiedlich wahrgenommen werden. Der Kommunikationsberater Ullrich Sonnemann bescheinigt Schröder im TV-Duell von 2005, dass „er die Interaktion mit Merkel und den Moderatoren gut im Griff (hatte)“ und „sich als unanfechtbar gezeigt hat“ (SPIEGEL ONLINE - 05.09.05, 00:24). Bei Merkel dagegen diagnostiziert er, dass „sie recht forsch begann“ aber „über Ihre eigene Courage gestolpert ist“ „ihr Verhalten nicht beibehalten konnte“ und sich letztendlich lediglich als „Politikerin der zweiten Reihe“ präsentieren konnte. Laut WELT gibt sich Merkel „zuweilen angriffslustig, in der Grundhaltung aber sachlich“, während der Kanzler „zunächst weniger vom medialen Großcharmeur und mehr vom abweichlerblutgestählten Fachpolitiker (präsentiert)“ (WELT online 04.09.05). Eine Repräsentativbefragung von ARD und ZDF mit über 500 Zuschauern und Zuschauerinnen kam zu dem Ergebnis, dass die Unentschiedenen im TV-Duell Gerhard Schröder auch als deutlich „kompetenter“, „glaubwürdiger“, und „als Mensch sympathischer“ als Angela Merkel erlebt (haben)“ (Dehm 2005: 637).

In ähnlicher Weise wird der Medienkanzler auch im ersten und zweiten TV-Duell aus dem Jahr 2002 mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber von den meisten Beobachtern als Sieger gesehen. Dementsprechend halten nach dem zweiten TV-Duell fast doppelt so viele Fernsehzuschauer Schröder für kompetenter und glaubwürdiger als Stoiber (Dehm 2002). Im Folgenden soll überprüft werden, inwiefern diese Leistungszuschreibungen mit verschiedenen Kommunikationsstrategien der Kontrahenten korrespondieren. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Kommunikationsstrategie in TV-Duellen darin besteht, den Handlungsspielraum für die eigene Selbstdarstellung und Werbung einerseits und die Kritik am politischen Gegner andererseits möglichst auszudehnen. Inwieweit diese Ausdehnung gelingt, hängt



entscheidend davon ab, wie die für Fernsehdebatten typischen Kontrollprobleme gelöst werden (vgl. Bilmes 2001: 234/5).

1. Die Kontrolle über die Redezeit: je länger die Redezeit, desto mehr Einflussmöglichkeiten auf das Publikum.
2. Die Kontrolle über die Themen: je selbstbestimmter das Themenmanagement, desto größer der Einfluss auf das, worüber geredet wird und desto kalkulierbarer die Richtung des Einflusses auf das Publikum.
3. Die Kontrolle über die Deutung der Äußerungen: je mehr Kontrolle über die Deutungen der Redebeiträge, desto größer der Einfluss auf den Debattenverlauf und die Darstellung der Dialog-Kohärenz.

Diese drei Kontrolldimensionen der Dialogsteuerung bilden den Rahmen einer interaktionalen Rhetorik, die die Wähleransprache und die Studiointeraktionen aufeinander abstimmt. Wesentliche Unterschiede zwischen den Dialogstilen der drei Politiker Schröder, Stoiber und Merkel lassen sich darauf zurückführen, dass jeweils andere dieser Kontrollaufgaben in den Vordergrund gestellt und andere Lösungswege gefunden werden.

### 3.3.1 Merkel – Schröder: Zwischen Kooperation und Konfrontation (Angreifen und Ignorieren)

Wie zentral sowohl für Merkels als auch für Schröders Strategie die Kontrolle über das Rederecht ist, zeigt sich darin, dass bei beiden die Anzahl der eigenmächtigen Wortmeldungen ganz erheblich über der Anzahl der zugeteilten Redebeiträge liegt. Dieser Überhang ist bei Schröder allerdings bedeutend stärker ausgeprägt, was erklären kann, warum Schröder von den meisten Bobachtern als der aktivere wahrgenommen wurde: in 66 Prozent seiner Beiträge – absolut 53 – erkämpft sich Schröder das Rederecht, bei Angela Merkel sind es 54 Prozent (36 Beiträge). Der Anteil der Fälle, in denen ihr das Rederecht zugesprochen wird, ist dafür bedeutend höher als bei Schröder, während dieser es darüber hinaus auch besser versteht, übergangsrelevante Stellen zwischen Äußerungen für eine Wortmeldung zu nutzen. Ein Vergleich weiterer statistischer Auswertungen von Dialogdaten des TV-Duells zeigt, dass sich die beiden Strategien der Dialogführung auch in den Adressierungsweisen unterscheiden: Schröder richtet seine Äußerungen mehr als doppelt so häufig an die befragenden Journalisten als Merkel, und nimmt deutlich häufiger auf die Journalistenäußerungen Bezug (vgl. Tabelle 3). Er spricht seine Herausforderin signifikant seltener an, als diese ihn, während die gegenseitige Bezugnahme auf die Äußerungen des jeweiligen Kontrahenten bei beiden ausgeglichen ist. Was bereits eine Auswertung der TV-Duelle aus den USA gezeigt hat, gilt auch für die Bundesrepublik: Während der Amtsinhaber seine bisherige Politik zur Selbstdarstellung nutzen kann und eine Adressie-

zung des Kontrahenten diesen nur aufwerten würde, muss der Herausforderer sein Glück im Angriff auf den Amtsinhaber suchen, was ohne direkte Adressierung nicht möglich ist. Bereits sehr früh spricht Angela Merkel dementsprechend den Bundeskanzler in der zweiten Person an, während dieser bis zur ersten stärkeren Attacke über sie in der dritten Person spricht und damit die Journalisten als Adressaten seiner Äußerungen markiert. Dass Schröder trotz der offensiveren Wortmeldungen die Journalisten häufiger anspricht als Merkel, kann als Konflikt entschärfende Maßnahme gesehen werden, die auch die vielfach angesprochene Medienkompetenz des Bundeskanzlers belegt.

Wie entscheidend die Kontrolle über die Deutungen von Debattenäußerungen sind, zeigen einige der Schlüsselpassagen des TV-Duells von 2005. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass Schröder die Deutungshoheit über Äußerungen seiner Kontrahentin beansprucht und durch eine entsprechende Interpretation auch den Diskussionsverlauf entscheidend beeinflusst. Im folgenden Dialogausschnitt geht es um eine Beurteilung des Krisenmanagements der US-Regierung bei der Hurrikan-Katastrophe in New Orleans:

**Christiansen:** Wenn man (...) jetzt den Fernseher anmacht und die furchtbare Katastrophe in New Orleans betrachtet, Familien die auseinander gerissen werden, Familien die sich nicht selber mehr helfen konnten, in ihrer Notlage. (...) Furchtbare Bilder, die wir eigentlich nie aus Amerika erwartet hätten. *Frau Merkel würden Sie sagen, die US-Führung hat hier versagt - in der Hilfeleistung?*

**Merkel:** Ich finde es richtig, dass die Bundesregierung und auch unsere Bundesländer versuchen, den Amerikanern zu helfen. Das ist jetzt nicht die Stunde - Sie haben von den schrecklichen Bildern gesprochen. *Ich kann nur sagen, ich spreche über unsere Gesellschaft.* Und ich möchte, dass in unserer Gesellschaft nicht mehr eine Million Kinder von der Sozialhilfe leben, wie das der Fall ist. Ich möchte nicht, dass wir jährlich einen Armutsbericht bekommen, so wie das unter Rot-Grün jetzt der Fall ist, wo die Zahl der Familien, die in Armut leben, immer weiter zunimmt.

**Schröder:** *Das war aber nicht die Frage.*

(...)

**Christiansen:** Herr Bundeskanzler, ich würde ganz gern nochmal die Frage stellen weil sie sehr stark auf Amerika gerichtet war und die Familie schon ihren Raum hatte. Sie haben gerade gesagt oder Sie haben den Anschein erweckt dass Sie dort eine andere Meinung haben als Frau Merkel

**Schröder:** Ja natürlich, *zunächst mal hab' ich ne Meinung. Denn Frau Merkel hat ja übrigens auf Ihre Frage gar nicht geantwortet.* Der amerikanische Präsident selber, das hätte sie doch sagen dürfen, hat gesagt, es sei unakzeptabel, die Hilfeleistung, wie sie abgelaufen sei. *Also kritisiert man ihn gar nicht, wenn man das bestätigt,* und das ist in der Tat so. Und das zeigt aber was anderes: Dass wir gut daran tun, bei der Frage, wie viel Staat wir brauchen und wie viel wir nicht brauchen, sehr genau hinzuschauen. Denn wenn Sie sich mal anschauen, wie auf der anderen Seite wir solche nationalen Katastrophen bewältigt haben, dann hat das schon deutliche Unterschiede. Und ich behaupte, (...) für Menschen die in Not

sind, brauchen wir keinen schwachen Staat, sondern brauchen einen starken Staat. Und deswegen, die gesamte Debatte über die Entstaatlichkeit, - ich bin sehr für Flexibilität in dem Bereich -, aber über die Entstaatlichkeit, die da geführt wird in der Union, in der FDP, die sollte unter solchen Gesichtspunkte noch mal sehr genau überdacht werden.

Schröder deutete Merkels Antwort auf die Fragen von Christiansen auf der ersten Ebene explizit als Ausflucht („Das war aber nicht die Frage“) und auf der zweiten Ebene als Verweigerung einer Meinungsäußerung. Das ist insofern ein grundsätzlicher Angriff auf das Image von Merkel als es zu den allgemein geteilten Basisanforderungen an Politiker gehört, ihre Meinung sagen zu können und sie auch gegenüber einem Bündnispartner zu vertreten. Schröder verschärft diese Kritik noch dadurch, dass er darauf hinweist, der amerikanische Präsident habe sich selbst bereits kritisch zu den Hilfsaktionen in New Orleans geäußert. Schröder geht noch einen Schritt weiter und nutzt die Kritik an Merkel, um das Thema „Entstaatlichung“ einzuführen, das im thematischen Zusammenhang von Hilfsaktionen zur eigenen Profilierung genutzt wird. Mit der Kontrolle über die Deutung der Äußerung von Merkel hat er deshalb einen mehrfachen Vorteil erzielt: er hat seine Kontrahentin und deren Partei dreifach abgewertet, indem er zeigt, dass das Frage-Antwort-Muster verletzt wurde, dass sie sich nicht zu einer sogar bereits öffentlich bekannten kritischen Meinungsäußerung gegenüber einem Verbündeten traut und indem er zeigt, dass die von ihrem politischen Lager vertretene Position der Entstaatlichung angesichts des Desasters von New Orleans unhaltbar ist. Die Deutung der Äußerung Merkels als Ausflucht eröffnet Schröder aber auch die Möglichkeit zur positiven Selbstdarstellung: er kann sich als mutigen Kritiker präsentieren und die Position seiner Partei gegenüber einem starken Staat als richtige ausweisen. Schröders Sieg in dieser Runde ist so vollkommen, dass Merkel keinen Versuch mehr unternimmt zu widersprechen. Dieses Muster, eine Deutung der Äußerungen der Kontrahentin als Grundlage der eigenen Replik einzuführen, wiederholt Schröder mehrfach. So versucht er an zwei Stellen, eine Deutung von Merkels Äußerungen als eine Art Wählerbeschimpfung zu etablieren. Auch hier liegt die Doppelstrategie vor, den politischen Gegner abzuwerten und gleichzeitig sich selbst – in diesem Falle als der bessere Anwalt der Wähler – aufzuwerten

**Merkel:** (...) Unser Problem, und das wissen Sie, ist in Deutschland, dass viele Leistungsträger gar nicht mehr hier Steuern zahlen, sondern dass sie das im europäischen Ausland tun.

(...)

**Schröder:** (...) Sie sagen, die Leistungsträger versteuern im Ausland. Ich finde, dass die Leistungsträger in dieser Gesellschaft die Facharbeiter, die Ingenieure sind und die versteuern nicht im Ausland, die versteuern hier und die sind angewiesen auf die Zuschläge.

Es ist offensichtlich, dass Merkel mit dem Ausdruck „Leistungsträger“ gerade nicht die Facharbeiter gemeint hat. Schröders Deutung überführt sie einerseits eines elitären Denkens [Wahrnehmung von Kapital- statt Arbeitnehmerinteressen] und etabliert Schröder als den wahren Anwalt dieser Wählergruppe.

**Merkel:** Ich finde es sehr realitätsbezogen, dass sich Herr Cohn-Bendit mit der Frage auseinandersetzt, dass ich Bundeskanzlerin sein werde.

(...)

**Schröder:** (...) Ich rate dringend, Frau Merkel, zwei Wochen vor der Wahl nicht so zu tun, als wäre sie schon gelaufen. Das ist auch mangelnder Respekt vor den Wählerinnen und Wählern und den sollte man nicht haben.

(...)

**Merkel:** Ich habe eben auf die Frage nach Herrn Cohn-Bendit geantwortet. Ich habe von Ihnen in der „Zeit“ gelesen, dass Sie deutlich gemacht haben, Rot-Grün passe nicht in diese Zeit.

Schröders Deutung der Äußerung von Merkel als „so tun als wäre die Wahl schon gelaufen“ ist die Basis für seine weitergehende Deutung, dass diese Einstellung mangelnden Respekt vor den Wählern bedeutet. Die Kombination von Abwertung des Gegners und Aufwertung der eigenen Person ist auch hier der Hintergrund für diese Strategie. Auch wenn Merkel in diesem Fall widerspricht und es zu einem längeren Disput über die Ausgangsäußerung kommt, so ist es Schröder auf jeden Fall gelungen, die entsprechende Als-ob-Deutung einzuführen und ihr so auch kommunikative Realität zu verschaffen.

Die Versuche, die Kontrolle über die Deutungen des Kontrahenten zu erlangen, kann, vor dem Hintergrund der Beispiele, nun in einen größeren Zusammenhang gestellt werden: Wenn die Deutungshoheit genutzt wird, um ein zugespitztes Verständnis einer Kontrahenten-Äußerung einzuführen, so ist das ein Mittel, den Debattencharakter zu verstärken. Die zugespitzte Deutung der Kontrahenten-Äußerung lässt diese als Eröffnungszug einer Debatte erscheinen, auf die zu reagieren dann berechtigt erscheint. Mit der Deutung einer Äußerung als diskussionswürdig und umstritten wird die Debatte erst kommunikativ konstruiert, und das in einer für Schröder strategisch günstigen Weise: Nicht er erscheint als der Debattenauslöser, sondern seine Kontrahentin. Die zugespitzte Deutung einer Äußerung des Kontrahenten ist somit eine Mittel, eine „Debatte vom Zaun zu brechen“, ohne dafür verantwortlich gemacht werden zu können. Sie ist damit auch ein Verfahren der „Interaktionalen Rhetorik“, mit dem das dialogische Format der Sendung aufrechterhalten wird und gleichzeitig ein pointierter Meinungsbetrag für die „Galerie“ – also die Fernsehzuschauer – platziert werden kann.

### 3.3.2 Stoiber – Schröder: Themenkontrolle als Mittel der Dialogsteuerung

Die Strategie von Stoiber, in den beiden TV-Duellen des Wahlkampfes von 2002 bestand ganz offensichtlich darin, das für den Bundeskanzler unangenehme Thema Arbeitslosigkeit so oft wie möglich ins Spiel zu bringen. Die Gefahr dieser Strategie liegt darin, dass zu offensichtlich über den inneren Kommunikationskreis hinaus mit dem Fernsehpublikum kommuniziert wird und dadurch der kommunikative Kontext der Sendung vernachlässigt wird. Genau das wird Stoiber dann auch angekreidet: Stoibers wiederholtes Insistieren auf dem Thema Arbeitslosigkeit wird sowohl in Karikaturen aufgespießt als auch kritisch in verschiedenen Parallel-Chats und Foren zur Sendung kommentiert: „Stoiber kann man nach dem Wetter fragen, und er antwortet mit der Arbeitslosigkeit“, schreibt beispielsweise ein Teilnehmer des Spiegel-Online-Chats zur Sendung. Das Handelsblatt fasst die entsprechenden Kommentare aus dem eigenen Onlineforum mit der Bemerkung zusammen: „(Stoibers) taktische Marschroute, dem Kanzler immer wieder seine Fehler in der Arbeitsmarktpolitik vorzuhalten, erwies sich als Flop“ (Handelsblatt, 10.09.02: 2). Und Günter Jauch mutmaßte in der nachbereitenden Gesprächssendung der ARD „Nach dem Duell“, dass Edmund Stoiber eine Wette eingegangen sei, „dass er bei jeder Antwort die Arbeitslosigkeit und die 3,5 Mio Arbeitslosen irgendwie reinbringt und das ist ihm weitgehend gelungen“ (ARD Nach dem Duell, 08.09.02). Dementsprechend halten nach dem zweiten TV-Duell fast doppelt so viele Fernsehzuschauer Schröder für kompetenter und glaubwürdiger als Stoiber (Dehm 2002). Stoibers wiederholte Bezugnahme auf das Thema Arbeitslosigkeit auch in thematisch anderen Kontexten, wurde von den Zuschauern als offensichtliches Agitieren gegen den politischen Gegner „zum Fenster hinaus“ – also an die Fernsehzuschauer gerichtet – erkannt und abgelehnt. Der folgende Gesprächsausschnitt belegt, wie offensiv Stoiber diese Themenverschiebung betreibt und dass dies – wenn auch durch milde – Sanktionen von Seiten der Journalisten markiert wird:

**Illner:** (...) Bis auf Allensbach sehen jetzt eigentlich alle relevanten Institute ein Kopf an Kopf –Rennen und die von ja beiden sehr ungeliebte Patt-Situation. Nun schreibt Financial-Times „Vor-zurück im Wiegeschritt und seitwärts-Tip“ so ginge der Stoiber-Tango. Ist das vielleicht der Grund Herr Ministerpräsident warum die Zuneigung zu einer Schwarz-Gelben Konstellation ein wenig zurückgegangen ist, weil die Wähler gar nicht mehr so präzise erkennen können, wen sie wählen würden

**Stoiber:** „Also ich hab die Wahrnehmung, auch in meinen Veranstaltungen, in den Gesprächen mit den Menschen, die ich führe, dass das zentrale Thema, was die Menschen am Intensivsten berührt, die Arbeitslosigkeit ist. Wir haben heute eine Situation, die wir schon lange nicht mehr hatten, dass über 40 Prozent der Bürger und Bürgerinnen Sorge haben ihren Arbeitsplatz verlieren zu können und dass sie auch erwarten, dass die notwendigen Reformen eingeleitet werden. Und das ist für

uns die zentrale Frage, das ist das wesentliche Thema neben vielen anderen Themen, die natürlich auch eine beachtliche Rolle spielen (...)“

(...)

**Illner:** Herr Stoiber Nachfrage an Sie, mit noch mal dem kleinen Hinweis drauf, dass meine erste Frage vielleicht nicht richtig beantwortet wurde, nämlich die nach der immer doch sehr langen Phase der Suche nach Antworten in der Union. (...)

Mit der Themenverschiebung will Stoiber den Kanzler in die Defensive bringen und dagegen seine eigene Kompetenz ausspielen können. Diese offensive Vorgehensweise ist allerdings mit dem hohen Risiko behaftet, die Dialogregeln der Fernsehdebatte zu verletzen, worauf im o.a. Beispiel die Moderatorin auch hinweist. Stoibers Strategie der Themenverschiebung ist deshalb Schröders Strategie der zugespitzten Deutung einer Kontrahentenäußerung unterlegen: letztere erreicht das Ziel, positive Selbstdarstellung und Abwertung des Kontrahenten gleichermaßen zu betreiben, durch Verschiebung der Verantwortung für den Dialogverlauf auf den Kontrahenten. Stoibers Strategie, die Themenverschiebung, ist ein offensichtlicher Verstoß gegen die Kohärenzregeln und die Relevanzprinzipien einer Befragung. Schröders Strategie dagegen hält die Dialogregeln ein und macht sich das Verteidigungsprinzip zunutze. Dass der Angriff und dessen Stoßrichtung erst mit Schröders Deutung einer Kontrahentenäußerung konstruiert wurde, ist deshalb keine besonders riskante Strategie, weil er sich jederzeit von der entsprechenden Deutung zurückziehen könnte.

#### 4. Politik und Medien revisited?

TV-Duelle sind Paradigmen für das Aufeinandertreffen der beiden Logiken von Politik und Medien auf der Ebene der Interaktionen zwischen den entsprechenden Akteurstypen. Allerdings umfasst dieses interaktionale Zusammentreffen der beiden Teilsysteme nur einen sehr begrenzten Teil der politischen und medialen Kommunikation, nämlich die Vermittlung von Politik im Fernsehen während der kommunikativen Ausnahmesituation eines Bundestagswahlkampfes. Die globale These, dass in Mediengesellschaften automatisch Mediengewinne immer mit Institutionsverlusten gekoppelt sind (Sarcinelli 2004: 402), lässt sich deshalb über eine Analyse der TV-Duelle und ihrer vor- und nachbereitenden Kontextkommunikationen weder verifizieren noch falsifizieren. Trotz der Einschränkungen erlauben die dialog- und sendungsanalytischen Befunde zu den TV-Duellen einige grundlegende Feststellungen zum Verhältnis von Medien und Politik aus einer interaktionalen Perspektive. Erstens lässt sich das neu entstandene Format als funktionale Aus-

differenzierung der Fernsehkommunikation betrachten, in der die zunehmende Personalisierung von Politik und deren Komplexitätsreduktion in zwei konträre Lager zum Ausdruck kommt. Die beschriebene zunehmende „Duellisierung“ von der ersten Sendung im August 2002 bis zur letzten Sendung im September 2005 setzt diese Tendenz auf der Kommunikationsebene fort und verstärkt sie sogar noch. Zweitens bedeutet das Fernsehformat der TV-Duelle, wie es in der Bundesrepublik entwickelt und umgesetzt wurde, eine neue Qualität der Kollaboration zwischen Parteipolitik und Medienpolitik, die die Redeweise von einem „politisch-medialen Komplex“ mit einem „permanenten gegenseitigen Geben und Nehmen“ durchaus rechtfertigt (Meng 2002: 98). Die komplementäre Interessenlage spiegelt sich bei beiden Akteurstypen deutlich in den ausgehandelten Durchführungsregeln aber auch in den Dialogverläufen der Sendungen mit ihren diversen konfliktvermeidenden Strategien. Die gegenseitige Vermeidung von Konfrontationen zeigt sich auf Seiten der Journalisten im Verzicht auf allzu penetrantes Nachfragen, in den sprachlichen Abschwächungsformen bei vermeintlich kritischen Fragen, in der Begründung der Dialogsteuerung über die gemeinsam vereinbarten Regeln sowie in der Gewährung von Selbstdarstellungsmöglichkeiten für die Politiker. Auf deren Seiten wird Konfliktvermeidung betrieben durch Akzeptanz der Journalisten als primäre Adressaten ihrer Äußerungen, durch formales Einhalten des Interview-Formats sowie durch Anerkennung der vereinbarten Regelungen.

Verstärkt wird der Eindruck eines politisch-medialen-Komplexes durch die Abschottung der Aushandlungskommunikation für die Formatfestlegungen: Im Unterschied zu den USA, wo eine „Commission on Presidential Debates“ Regelungen, Abläufe, Personal Terminierungen und Finanzierung für TV-Duelle öffentlich beschließt, werden solche Vereinbarungen in der Bundesrepublik zwischen Parteimanagement und Medienvertretern unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt (vgl. Bieber 2003). Die von Söffner und Tänzler aus der Analyse der Parteitagsinszenierungen abgeleitete Folgerung, dass es „weder auf Seiten der Medien noch auf Seiten der Politik zu einem dauerhaften Inszenierungmonopol kommt, sondern dass der Kampf selbst auf Dauer gestellt ist“ (Söffner/Tänzler 2002: 108), wäre aufgrund der interaktionalen Analyse der TV-Duelle zu modifizieren: nicht der Kampf zwischen Medien und Politik ist auf Dauer gestellt, sondern die Kollaboration, weshalb „Inszenierungmonopole“ obsolet und Interessensgegensätze unsichtbar werden. Die Annahme, dass die duale Rundfunkverfassung mit ihrem „Wechselspiel zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anstalten für diese Pattsituation verantwortlich ist“ (ebd.: 109) klingt auch für die TV-Duelle plausibel. Die Politik braucht nicht zu fürchten, dass die Anstalten geschlossen eine Übertragung derartiger Events blockieren, da sie hohe Einschaltquoten und hohes Prestige garantieren.

Eine dritte Schlussfolgerung aus der Interaktionsanalyse der TV-Duelle betrifft die Dimension der Professionalisierung des Medienhandels von Politikern und Journalisten: Insbesondere im Fall Schröders wird deutlich, wie gekonnt Politiker inzwischen die medialen Selbstdarstellungsmöglichkeiten nutzen, indem sie die journalistische Logik in ihrem politischen Handeln antizipieren. Schröders Strategie der dosierten Zuspitzung ohne Konfliktauslösung macht deutlich, dass moderne Politiker ihre klassische Präsentationsrhetorik um eine interaktionale Medienrhetorik erweitert haben. Das Scheitern von Stoiber lässt sich gerade darauf zurückführen, dass er diesen Schritt zum „System Schröder“ (Meng 2002) nur teilweise vollzogen hat. Die Kompetenzerweiterung auf Seiten der Journalisten ist allerdings aus Sicht der Staatsbürger und Wähler von zweifelhafter Art, weil sie die publizistische Qualität der Sendungen tangiert. Die so genannten Leitjournalisten internalisieren zunehmend, dass die Logik der Medien eine zweiwertige ist: der journalistischen Logik steht die ökonomische gegenüber, die sich für die Anstalten in den Einschaltquoten und für die Medienakteure in deren Popularität und Marktwert manifestiert. Neben die Orientierung an der öffentlichen Aufgabe des Journalismus tritt bei den Moderatoren die Orientierung am Quoten- und Publikumsmarkt. Auf der Handlungsebene kommt dies insbesondere in den Selbstinszenierungen der Moderatoren der TV-Duelle beispielsweise in den nachbereitenden Sendungen zum Ausdruck. Die alle Programme penetrant durchziehende Werbung für die TV-Duelle und die von Peter Limbourg explizit geäußerte Intention, mit den TV-Duellen „auch die Rolle des Privatfernsehens in der politischen Berichterstattung zu stärken“ (Vortrag, Konrad-Adenauer-Stiftung 07.11.05) sind deutliche Indikatoren für die hinter den Übertragungen stehenden wirtschaftlichen Interessen der Fernsehanstalten. Eine Analyse des Verhältnisses von Medien und Politik hat deshalb von drei Logiken auszugehen: der Logik der Politik, der Logik des Journalismus und der ökonomischen Logik der Medien.

## Literatur

- Benoit, William L. / Glenn J. Hansen (2001): Presidential Debate Questions and the Public Agenda. – In: *Communication Quarterly* 49. 130-141.
- Benoit, William L. / Allison Harthcock (1999): Functions of the Great Debates: Acclaims, Attacks, and Defenses in the 1960 Presidential Debates. – In: *Communication Monographs* 66 (December). 341-357.



- Bieber, Christof (2003): In der Amerikanisierungsfalle. Bei der Einführung der TV-Duelle wurde demokratisches Potenzial verschenkt. URL: [www.politik-digital.de/wahlkampf/bundestagswahl2002/tv7.shtml](http://www.politik-digital.de/wahlkampf/bundestagswahl2002/tv7.shtml) [Stand: 15.07.02]
- Bilmes, Jack (1999): Questions, Answers, and the Organization of Talk in the 1992 Vice Presidential Debate: Fundamental Considerations. – In: *Research on Language and Social Interaction* 32(3). 213-242.
- (2001): Tactics and Styles in the 1992 Vice Presidential Debate: Question Placement. – In: *Research on Language and Social Interaction* 34(2). 151-181.
- Blum-Kulka, Shoshana /Tamar Liebes (2000): Peres versus Netanyahu. Television wins the debate, Israel 1996. – In: Stephen Coleman (ed.): *Televised election debates. International perspectives*. 66-91. – New York.
- Bucher, Hans-Jürgen (1993): Geladene Fragen. Zur Dialoganalyse in Fernsehinterviews mit Politikern. – In: Heinrich von Löffler (Hg.): *Dialoganalyse IV. Arbeitstagung Basel 1992. Teil 2*. 97-107. – Tübingen: Niemeyer.
- (1994): Dialoganalyse und Medienkommunikation. – In: Gerd Fritz/ Franz Hundsnurscher (Hgg.): *Handbuch der Dialoganalyse*. 471-491. – Tübingen: Niemeyer.
- (2004): Die Medienrealität des Politischen. Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen. – In: Ute Frevert /Wolfgang Braungart (Hgg.): *Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte*. 268-303. – Göttingen: Vandenhoeck.
- Clayman, Steven /John Heritage (2002): *The News Interview. Journalists and Public Figures on the Air*. Vol. 16. – Cambridge: Cambridge University Press.
- Clayman, Steven E. /Jack Whalen (1988-89): When the Medium Becomes the Message. The Case of the Rather-Bush Encounter. – In: *Research on Language and Social Interaction* 22. 241-272.
- Coleman, Stephen (ed.). (2002): *Televised election debates. International perspectives*. – New York: Palgrave Macmillan.
- Dehm, Ursula (2002): Fernsehduelle im Urteil der Zuschauer. Eine Befragung des ZDF zu einem neuen Sendungsformat bei der Bundestagswahl 2002. – In: *Media Perspektiven* 12. 600-609.
- (2005): Das TV-Duell 2005 aus Zuschauersicht. Eine Befragung des ZDF zum Wahlduell zwischen Herausforderin Angela Merkel und Kanzler Gerhard Schröder. – In: *Media Perspektiven* 12. 627-637.
- Donsbach, Wolfgang (2002): Sechs Gründe gegen Fernsehduelle. Zur politischen Bewertung einer medialen Inszenierung. – In: *Die Politische Meinung* 396 (November). 19-25.
- Dörner, Andreas (1999): Politik im Unterhaltungsformat. Zur Inszenierung des Politischen in den Bildwelten von Film und Fernsehen. – In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41. 17-25.
- (2001): *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*. – Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Edelman, Murray (1976): Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. – Frankfurt, New York.
- Greatbatch, David. (1988): A Turn-taking System for British News Interviews. – In: *Language in Society* 17. 401-430.
- (1992): On the Management of Disagreement between News Interviewees. – In: Paul Drew /John Heritage (eds.): *Talk at work. Interaction in Institutional settings.* 268-301. – Cambridge: Cambridge University Press.
- Holly, Werner /Peter Kühn /Ulrich Püschel (1986): Politische Fernsehdiskussionen. Zur medien-spezifischen Inszenierung von Propaganda als Diskussion. – Tübingen: Niemeyer.
- Holtz-Bacha, Christina (2000): Entertainingisierung der Politik. – In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31. 156-166.
- Klein, Josef (1990): Elefantenrunden "Drei Tage vor der Wahl". Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendungen 1972-1987. – Baden-Baden: Nomos.
- Klein, Markus (2005): Die TV-Duelle: Events ohne Effekt? – In: Manfred Güllner et. al.: *Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik.* 143-159. – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kraus, Sidney (1962a): *The great debates. Kennedy vs. Nixon 1960.* – London: Bloomington.
- (1962b): *The great debates. Background - perspectives - effects.* – London: Bloomington.
- Maurer, Marcus /Carsten Reinemann (2003): Schröder gegen Stoiber. Nutzung, Wahrnehmung und Wirkung der TV-Duelle. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Meng, Richard (2002): *Der Medienkanzler. Was bleibt vom System Schröder?* – Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Meyer, Thomas (2001): *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien.* – Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Oberg, Nicole (2004): *Deutsche Wahlkampf-Kultur. Eine Sendungs- und Wirkungsanalyse zu den deutschen TV-Duellen 2002.* – Trier (Magisterarbeit).
- Sarcinelli, Ulrich /Jens Tenscher (1998): Polit-Flimmern und sonst nichts? Das Fernsehen als Medium symbolischer Politik und politischer Talkshowisierung. – In: Walter Klingler /Gunnar Roters /Oliver Zöllner (Hgg.): *Fernsehforschung in Deutschland. Themen - Akteure - Methoden. Teilband 1.* 303-317. – Baden-Baden: Nomos.
- Sarcinelli, Ulrich (2004): Zur Unterschätzung der Eigenlogik des Politischen: Plädoyer für eine Rekontextualisierung der politischen Kommunikationsforschung. – In: Kurt Imhof et. al. (Hgg.): *Mediengesellschaft. Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken.* 400-409. – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scheufele, Betram /Julia Schünemann /Hans-Bernd Brosius (2005): Duell oder Berichterstattung? Die Wirkung der Rezeption des ersten TV-Duells und der Rezeption der Nachberichterstattung im Bundestagswahlkampf 2002. – In: *Publizistik* 50(4). 399-421.

- Soeffner, Hans-Georg /Dirk Tänzler (2002): Medienwahlkämpfe – Hochzeiten ritueller Politikinszenierung. – In: Andreas Dörner /Ludgera Vogt (Hgg.): Wahlkämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. 92-115. – Frankfurt: Suhrkamp.
- Tapper, Christoph /Thorsten Quandt (2003): Herr Bundeskanzler, es geht von Ihrem Zeitkonto ab, wenn Sie ungefragt antworten" – eine dialoganalytische Untersuchung der Fernsehduelle im Wahlkampf 2002. – In: Christina Holtz-Bacha (Hg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002. 243-263. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- von Beyme, Klaus (1994): Die Massenmedien und die politische Agenda des parlamentarischen Systems. – In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. 320-336. – Köln (Sonderheft KZfSS).
- Waldner, Thomas, (2005): Jede Frage ein Treffer. Maybritt Illner und Peter Klöppel zum TV-Duell. – In: Zdf.de. Politik und Zeitgeschehen. 30.08.05. URL: [www.zdf.de/ZDFde/inhalt/31/0,1872,2366495,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/31/0,1872,2366495,00.html) [Stand: 18.04.06].
- Ward, Ian /Mary Walsh (2000): Leader's debates and presidential politics in Australia. – In: Stephen Coleman /David Butler (eds.): Televised election debates. International perspectives. 43-65. – New York, London.
- Wilke, Jürgen /Carsten Reinemann (2003): Die Bundestagswahl 2002: Ein Sonderfall? – Die Berichterstattung über die Kanzlerkandidaten im Langzeitvergleich. – In: Christina Holtz-Bacha (Hg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002. 29-56. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.